

Arbeiterstimme

Lageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Sachsen

Verbreitungsbereich Ost Sachsen . Beilagen: Der rote Stern . Macht die Massen mobil

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsverkäufern und in Städten erhältlich

zu der
Thälmann-Kundgebung
am 19. Juli!

8. Jahrgang

Dresden, Mittwoch den 13. Juli 1932

Nummer 162

Manifest der Antifaschistischen Aktion

Arbeiter und Arbeiterinnen! Werktagen in Stadt und Land!

Der am Sonntag stattgefundenen Einheitskongress gegen Faschismus für Berlin-Brandenburg gestaltete sich zu einer grandiosen Manifestation der roten Einheitsfront in der Antifaschistischen Aktion. Fast 1500 gewählte Delegierte, davon 954 parteilos, 132 der KPD, dem Reichsbanner und anderen Organisationen angehörend, waren vertreten. Der Kongress wurde zu einem Höhepunkt der Kriegserklärung an die herrschende Klasse und ihre faschistischen Thronanten, als der Führer der Kommunistischen Partei, Genosse Thälmann, das Kampfgeblüt der Antifaschistischen Aktion verlas und die Delegierten ohne Unterschied der Partizipationsfähigkeit sich feierlich verpflichteten, ihn zum Truchschwur der roten antifaschistischen Massenbewegung zu machen und in die Tat umzusetzen. Mit dem nachstehenden Manifest wendet sich der Einheitskongress an die gesamte deutsche Arbeiterklasse, an alle Werktagen zur Einreichung in die Antifaschistische Aktion, zur Niederwerfung des Faschismus, zum Kampf gegen die kapitalistische Notverordnungsdictatur. Die herrschende Klasse und ihre faschistischen Banden sollen erstickt werden! Das ganze kapitalistische Deutschland soll es erfahren, daß die Antifaschistische Aktion unter dem roten Banner des revolutionären Klassenkampfes und des Internationalismus zum Angriff übergegangen ist. Das Manifest lautet:

Was will die Antifaschistische Aktion?

Die Antifaschistische Aktion will nicht dulden, daß über Deutschland die faschistische Diktatur errichtet wird, daß die Klassenorganisationen des Proletariats zerstört und vernichtet werden, daß alle Rechte der Arbeiterklasse mit Füßen getreten, daß die Sozialversicherung und alle Errungenheiten der Arbeiterbewegung ausgetötet werden.

Die Antifaschistische Aktion will nicht dulden, daß die kämpfende rote Einheitsfront von den Wegbereitern des Faschismus gelöscht und sabotiert wird, von denen, die die Arbeitnehmer Hindenburg und Brüning mißbrauchen um dadurch die Papen und Schleicher in den Sattel zu hieven.

Die Antifaschistische Aktion will den echlichen Zusammenschluß aller Klassengenossen und Werktagen, die bereit und gewillt sind, den Kampf gegen die diktatorischen Notverordnungen, gegen den nationalsozialistischen Terror und gegen die Ausrichtung des faschistischen Diktaturs durch die Papen-Regierung zu führen.

Die Antifaschistische Aktion will verhindern, daß die Papen-Regierung der Industriellen, Junker und Generale das Volk unterdrücken, die nationale Nachfrage durch das Verschärfen der Güterverteilung und ihre faschistischen Pläne gegen die Werktagen durchführen.

Die Antifaschistische Aktion will den Kampf aller kapitalistischen Regierungen und die Sammlung aller antifaschistischen Freiheitskämpfer zum gemeinsamen Ringen für eine Arbeiter- und Bauernregierung in einem freien, sozialistischen Deutschland.

Die Antifaschistische Aktion will den Kriegsherrn und den faschistischen Kriegspraktikern, allen zu einem neuen Waffermarsch treibenden Mächten Deutschlands, die sich durch offene Unterstützung der Kriegsverbrecher oder durch politische Thesen in den Dienst der Imperialisten gestellt haben, die breite Front der antifaschistischen Einheit entgegenstellen.

Beschlossen vom Berlin-Brandenburger Einheitskongreß gegen den Faschismus!

Ein Feind, eine Front, ein Kampf!

Das Kampfgeblüt der Antifaschistischen Aktion

Der Kampfkongress gegen Faschismus beschloß auf seiner Tagung das nachfolgende Geblüt zum Kampfeschwur der Antifaschistischen Aktion zu erheben:

Wir geloben, mit Leib und Leben, mit unserer ganzen Kraft einzutreten für den antifaschistischen Massenkampf:

gegen die faschistischen Toteinde des werktagigen Volkes und Ihre Handlanger,

gegen die Aufrichtung der faschistischen Diktatur,

gegen den faschistischen Mordterror,

gegen Notverordnungen, Verbote, Unterdrückungsmaßnahmen,

gegen Lohnraub, Gehaltsraub, Unterstützungsraub,

gegen Tributsklaverei und imperialistische Kriegspolitik,

gegen das kapitalistische System von Hunger und Knappheit!

Mit aller Kraft gegen den Faschismus — für die Verteidigung der Sowjetunion!

Es lebe die Antifaschistische Aktion!

Wir geloben, nicht zu ruhen und zu rasen, sondern in Betrieb und Steuerstelle, in Stadt und Land, alle Kraft einzusetzen:

für die gemeinsame rote Einheitsfront,

für die Freiheit der Arbeiterklasse,

für die Verteidigung der Kommunistischen Partei und aller proletarischen Organisationen, für die Verteidigung der Sowjetunion.

Wir den roten Massenselbstschutz,

Mr Streiks und Kampftktionen

Mr des politischen Massenstreiks gegen die faschistischen Machthaber.

Mr eines Arbeiter- und Bauernregierung,

Mr ein freies, sozialistisches Deutschland!

Alles für den Sozialismus!

Es lebe die Antifaschistische Aktion!

Ein Feind — eine Front — ein Kampf!

Hier zu uns! Wir sind die Antifaschisten der Tat!

Wir geloben es mit unserem Kampf!

„Rot Front“!

Steht euren Mann

Im Kampf gegen Hungerland und Mordfaschismus, bei der Sammlung zum Antifaschistischen Kampfblatt, bei der Pressewerbung und enthaltet ein Höchstmaß von Aktivität!

In der Antifaschistischen Kampfwoche!

Blickt auf Italien

Das Mussolini forderte und was er durchführte
Am Jahre 1919 gründete Mussolini in Mailand den ersten "Gallico di Combattimento" (italienischer Kämpfer). Bald folgten die Gründung ähnlicher Kampfbünde in ganz Italien.

Die Nähe hielt die Soldaten den Kampf für die eigene Rettung des revolutionären Krieges". Ihr Profil hatte denselben phrasenhaften sozialen Inhalt wie das ursprüngliche Programm Hitlers. Der Charakter der Bewegung wurde verschleiert durch eine revolutionäre Phrasologie.

Italien war der Sieg des Nationalsozialismus 1922 ein politischer Sieg über die kontrollierte Sozialdemokratie. Auch in Italien



zog Nationalsozialismus die Schmiede der Männer nach einer neuen sozialen Gemeinschaftsordnung, die von den Reformisten geplant wurde, zur heimischen reaktionären Zwecke aus.

Für die deutschen Arbeiter und für die deutschen Mittelschichten im Hitler teilweise den "Kerzen" erblühen, ist es höchstens die Forderungen des um die Macht kämpfenden Mussolini, seine Partei nach der Machtergreifung kennenzulernen. Er forderte: Ausweitung der Republik und "Volkssozialismus", gleicher, gleiches und gemeinsames Wahlrecht, Sozialrechte, Auflösung der industriellen und finanziellen Großkonzerns, Umstellung der Produktion auf genossenschaftliche Grundlage sowie Teilnahme der Vertreter der Arbeiter an den Leistungen der Industrie — das sind Forderungen, die den Augen der Männer den Eindruck erwecken müssten, daß sie wollten die Herrschaft der Bourgeoisie abstoßen. Dazu forderte Mussolini eine einmalige außerordentliche und proportionale Steuerung des Kapitals mit dem Charakter einer teilweisen Abgabe, Revision der Aktienbesitzungen und Belegschaftsverhältnisse bis zu 50 Prozent, außerdem Belegschaftsverhältnisse.

Den Arbeitern sollte ein Lohnminimum und dazu der Lohnausgleich gleichzeitig garantiert werden.

Mussolini forderte, ebenso wie Hitler, ein halbes Jahr vor seinem Rücktritt den Kopf des damaligen Kaisers Giolitti, weil er "unlogische Maßnahmen" durchgesetzt hat.

Auf dem Marsch auf Rom ließ Mussolini sich vom König als Präsidenten erkennen. Von der Ausweitung der Macht war keine Rede mehr. Die "Vollmacht" durch allgemeine freies Wahlrecht wurde erneut durch ein Verbot der Wahlkampfschriften neben der Wahlzettel.

Die Ausschließung der Allgemeinwohlthäler und Umstellung der Gewerbevereinigungen und Betriebsräte wurden die Gewerbevereinigungen und Betriebsräte.

Die Bedeutung der Bourgeoisie verlor in einer Aufhebung der bisherigen Luxus-

Von einer Beschlagnahme der Kriegsgewinne war keine Rede mehr.

Die Arbeitsschutzklausur wurde abgeschafft durch ein Dekret, das hundert Ausnahmefälle festlegte, in denen es erhalten zu werden braucht. Statt den Arbeitern ein Lohnminimum zu sichern, wurden die Löhne in der Zukunft

Pariser Arbeiter mit uns im Kampf gegen Versailles, Faschismus und Krieg!

Nur der Kommunismus bringt eine solche internationale Front zustande

Der Arbeiter- und Bauern-Kongress von Paris und Umgebung, am 28.06. Delegierte (1552 Mitglieder der Einheitsgewerkschaft, 1185 Mitglieder der R.A. und R.W.D., 215 Unorganisierte, 32 Mitglieder der reformistischen Gewerkschaften, 42 Mitglieder der autonomen Gewerkschaften und 4 sozialdemokratische Arbeiter) teilnahmen, die mehrere tausend Arbeiter von Paris, aus den Départements Seine et Oise und Seine et Marne vertreten, wurde ein Befehl gegeben, der die revolutionäre Solidarität der französischen Arbeiterschaft mit dem deutschen Proletariat zum Ausdruck bringt. Wie vorsichtiges Nachdenken die Revolution im Weltkampf:

"Der Arbeiter- und Bauern-Kongress der Westflächen von Paris und Umgebung entsendet den deutschen Proletarien, die zusammen mit den Kommunistischen Partei und den revolutionären Organisationen gegen das Cland, den Faschismus und den Krieg kämpfen, revolutionäre Grüße.

Die auf dem Kongress anwesenden Delegierten verpflichten sich, mit erhöhter Energie gegen den französischen Imperialismus zu kämpfen, der mit Hilfe des schändlichen Versailler Vertrags die Arbeiter- und bürgerlichen Bauern Deutschlands und der anderen besiegt Länder trachtet und ausbeutet.

Angesichts des Verlaufs der Konferenzen in Lausanne und Genf, die trotz aller anhaltenden Gegenseitigkeit zwischen den imperialistischen Mächten den Willen und die erzielbare Rolle des französischen Imperialismus unterstreichen, nämlich die Verflachung der ausgebeuteten Deutschlands noch weiter zu verstärken, verpflichten sich die Delegierten, den Kampf für

die Abschaffung des Versailler Vertrags und für die Annullierung der Kriegs- und Reparations-Schulden mit verstärkter Kraft weiter zu führen.

Dieser unter Kampf wird die Arbeiter Deutschlands in ihrem Kampf gegen den Faschismus der Hitler und Hindenburg — beiden Wegbereiter der Sozialdemokratie — — unterstützen.

Durch die gemeinsame Aktion der Werkstätten Deutschlands und Frankreichs werden wir die deutschen und französischen Imperialisten — besonders den französischen Imperialismus, unter dessen Führung sich die Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion vollziehen — zum Rückzug zwingen und zerstören.

Der Kongress beschließt die Entwicklung von Delegierten in die Großstädte Deutschlands, um so den Arbeitern und Bauern Deutschlands in ihrem Kampf gegen den Faschismus, gegen den imperialistischen Krieg, für den revolutionären Ausgang aus der Krise durch die Erfüllung des deutschen Imperialismus und aller seiner Städte, die Solidarität der Werkstätten von Paris und Umgebung durch praktische Hilfe zu beweisen.

Nieder mit dem deutschen Faschismus, der nichts anderes als eine Waffe des Imperialismus zur Achtung und zur Zersetzung des Proletariats und der revolutionären Bewegung ist!

Nieder mit dem französischen Imperialismus, dem Auszehrer des deutschen Proletariats!

Nieder mit dem System des Versailler Vertrages!

Es lebe die internationale Einheitsfront der Arbeiterklasse! Es lebe der gemeinsame Kampf der deutschen und französischen Proletarier!"

Prozeß gegen Ruegg wegen Lebensgefahr unterbrochen

Schanghai, 12. Juli. Die Verhandlungen im Prozeß gegen General Ruegg und Frau wurden vom Nankinger Bezirksgericht wegen des gefährdenden Gesundheitszustandes der beiden, die durch ihren bläßlichen Hungerstreik hervorgerufen wurde, unterbrochen. Das Nankinger Bezirksgericht lehnt häufig die Forderung der Verteidigung ab, den Prozeß nach Schanghai zu verlegen.

Traditionell wird angenommen, daß infolge der starken Erregung der öffentlichen Meinung der ganzen Welt durch dieses Projekt das Gericht die Verhandlung verzögert und die Angeklagten bis zur Entscheidung der Frage der Kompetenz des Gerichtes nach Schanghai überführen werden.

Das Schanghaier ausländische Presses veröffentlicht an herausragender Stelle ausführliche Berichte über den Prozeß und den Hungerstreik von Ruegg und seiner Frau. Die Zeitungen verhöhnen nachdrücklich ihre Ablehnung der politischen Anklauungen Rueggs, wenden sich aber gegen die überaus lange Unterzuchung,

und Landwirtschaft um 20, 30 und auch 50 Prozent herab. Sie fordern, Wer dagegen protestiert oder gar zum Streik auffordert, werde an die Wand gestellt oder auf Jahrzehnte in den Kerker geworfen. Diese Praxis der staatlichen Lohnkürzung hat sich bis in die jüngste Zeit erhalten und die Regierung Kunming hat sich bei ihrem Dezember-Lohnabbau durch Reisverordnung offen auf das Beispiel Italiens berufen.

Die Forderung nach den Köpfen von „schwulen Bourgeois“ und „verbrecherisch unsozialen Männern“ wurde erneut durch die blutige Praxis des Henkers und Erziehung von zehntausenden Arbeitern.

(Weitere Mitteilungen über Italien folgen.)

holt, für die keine Notwendigkeit vorgelegen habe, sowie gegen eine Reihe anderer Maßnahmen des Gerichts.

Ein Teil der chinesischen Presse lehrt sich, ohne doch er offenkundig wagen würde, das Vorgehen des Gerichts zu kritisieren, für die Einstellung des Prozesses ein und rät, sich auf die Ausweitung des Angeklagten zu beziehen.

Japan will Mongolei besetzen

Tofia, 12. Juli. Die Volksbundskommission hat in Tofia, wohin sie sich begab, um die Anstruktionen des japanischen Imperialismus für ihr weiteres Verhalten entgegenzunehmen, eine Unterredung mit dem Kriegsminister Kuroki, bei der dieser äußerte:

"Das Reiche Japans und die Sicherheit des Verteidigungsbündnisses zwischen dem Mandchukuo und der Mongolei abhängig. Deshalb ist es notwendig, daß Friede und Ordnung, sowie auch die Verteidigung der Selbständigkeit in dem neuen mandchurischen Staat gesichert werden."

Die Reaktion Kurokis, daß die Sicherheit Japans auch von der Mongolei abhängig sei, muß als ein weiterer Schritt zur Vorbereitung der militärischen Besetzung der Mongolei und zur Erweiterung des Kriegsgebärs gegen die Sowjetunion betrachtet werden.

Streiterfolge in Schanghai

Schanghai, 12. Juli. Der Streik in den Schanghaier Seidenfabriken, der seit dem 28. Juni andauert, ist mit einem Erfolg abgeschlossen worden. Die Löhne sollen um 3 Cents erhöht und die Arbeitszeit um eine Stunde auf 11 Stunden täglich herabgesetzt werden.

Die streitenden Arbeiter und Angestellten der französischen Straßenbahngesellschaft haben eine Reihe neuer Forderungen aufgestellt, darunter die Forderung einer 15prozentigen Lohn-erhöhung, sowie Entlassung sämtlicher Streikbischer.

Theodor Plivier:
Der Kaiser ging, die Generale blieben

Copyright by Malik-Verlag, Berlin.

geruhete Matrosen stehen im gegenwärtigen Stadion auch keine Truppen zur Verfügung!"

"Gang im Gegenteil, der Befreierte Kommandierende General des IX. Armeekorps verlangt bereits dringend militärischen Schutz für andere Küstenorte. In Südbaden sind 800 Matrosen gelandet!"

Der Staatssekretär Erpberger schlägt vor:

"Man muß über Kiel durch Zölzer Proklamationen abwarten lassen, da strenge Strafe anbringen und die gleichzeitig demonstrieren, daß Haußmann ein Amnestieversprechen gegeben habe!"

Doch das Kabinett kommt zu keinem Entschluß.

Der Kriegsminister verliest eine Resolution aus Friedrichsort:

"10.000 Soldaten verlangen das gleiche Wahlrecht!"

Ein Minister meint, in dieser Situation sei die sofortige Rückkehr des Kaisers nach Berlin nun doch erforderlich.

"In dieser Beziehung hat der Prinz schon alle Stränge gezogen!" bemerkt Dr. Soll.

Ein neues Telefonat von Rosse wird gemeldet:

"Rosse hat auf Anfrage erklärt, es wird nur ein unzulängliches Blutbad geben. Die 40.000 Matrosen können nicht überwältigt werden. Ein solcher Versuch würde auch jede Verständigung unmöglich machen!"

Der Kriegsminister wirkt resigniert ein:

"Die gut Verfügbare lebenden Truppen sind auch zu schwach!"

Über Rosse hat es dazu gebracht, daß das Schießen seitens der Mannschaft aufgehört hat. Auch die Offiziere sind veranlaßt worden, das Schießen aufzugeben. Und er hofft, die Waffen wieder unter Verbleib zu bekommen!"

Die gewaltsame Niederkämpfung des Aufstandes wird von der Regierung vertragt, bis der Kriegsminister von Schleicher zu diesem Zweck geschlossene Formationen aus der Front zur Verfügung hat.

Und man erinnert sich, dem Abgeordneten Rosse mitzuteilen: es besteht Bereitschaft, einige der aufgestellten Forderungen zu entsprechen. Im übrigen habe die Regierung das Vertrauen, daß es ihm gelingen werde, mit der "fiktiven Linie" einzigermaßen fertig zu werden. Prinz Max von Baden lasse ihm sagen, daß er unter allen Umständen in Kiel auf dem Posten bleiben solle!

Um nächsten Tag in Kiel:

(Fortsetzung folgt.)

gute Erholung.
Nur wenige stemmen sich gegen die Wahl Rosse. Aber ihre Freude in der Menge unter.
Der Abgeordnete, — das ist fast so, also ob die Bewegung leicht wäre. Die Jagdhäfen und Walfänger fühlen sich und ihre Lust auf Strafe geringer werden.
Mit Einwendungen und erläutert, daß bindende Einsicht werden sollen, wenn die Abgeordneten Haft und Strafe eingetragen und gehörig werden. Doch mittler die weitere Entwicklung und die Debatte erst gar unter Autoren und Lebendem Wollen der Matrosen unter dem Plan. Er läuft sich nicht zum Gewerbelebenhaus zu dem der Soldatenraum sich niedergelassen hat, sondern auf den Häusern heraus auf die von den Demonstrationen folgenden Zäpfen geschossen wird, verhindert Rosse und des Endes, Admiral Kügel, und distanziert ihn und seine Freunde auf ihrem Posten zu bleiben. Es werden ihm im Lager einige Zimmer zur Verfügung gestellt. Unter den Offizieren zieht er sich ein. Von dem leidigen Mann, die richtigen Formationen am Nachmittag als ihre gewählten Freunde holen, sucht er sich den Gesichtern noch neue Männer zu stellen.
Dann geht er an die Arbeit. Er gibt einen Anschlag in Dresden, wo er als Vorsteher des Soldatenrats bekannt gemacht wird. Eine nützliche Sorge sind die bewaffneten Matrosen. Er ist ein Defekt, nach dem Waffen und Munition abzuholen.
In die von den Offizieren bewohnten Hotels lädt er Schiffe, Soldatenräte, die seine Autorität nicht anerkennen. In anderen Städten legen, bezeichnet er als "wilde Räuber" und teilt dem Staatssekretär der Marine, Ritter von Rosse, daß augenscheinlich in Kiel Ruhe herrsche. Große Matrosen auf die Bewilligung der Amnestie.

RUND UM DEN ERDBALL

NSDAP. eine Arbeiterpartei?

I.
Diese Auffrische ist geschrieben an Hand einiger Kapitel aus dem demnächst im „Internationalen Arbeiter-Verlag“ erscheinenden Buch von David über die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Theorien der Nazis. Wir empfehlen, diese Artikel auszulesen und als Diskussionsmaterial zu verwenden.

I. Die Lohnpolitik der Nazis

22 Millionen Arbeiter, Angestellte und Beamte, zusammen mit ihren Familien zwei Drittel des deutschen Volkes, leben von Lohn, Gehalt und Unterhaltung. Wie stellt sich die Nazipartei, die sich „Deutsche Arbeiterpartei“ nennt, zu den Fragen, die die Lohn- und Gehaltsempfänger am ehesten bewegen?

Viel mehr als die Versprechungen für die ferne Zukunft des „Dritten Reiches“ interessiert die Arbeiter und Angestellten die nahe Gegenwart. Nicht so sehr der von den Nazis vorbrochene Himmel auf Erden im fernen Hitler-Reich, sondern ihre Politik und Praxis in der Gegenwart gilt es zu klären. In welcher Intensität liegt diese Politik und Praxis?

Wie stehen die Nazis zum Tarifvertrag?

Die Lohn- und Arbeitsbedingungen werden im Deutschland der Krisenzeiten überwiegend durch Tarifverträge getestet. Das Fundament des Tarifvertrages ist seine Unabdingbarkeit, d. h. die im Tarifvertrag vereinbarten Bedingungen können im individuellen Arbeitsvertrag nicht verschlechtert werden, auch wenn beide, Unternehmer und Arbeiter, dazu willens sind. Seit Jahr und Tag laufen die Unternehmer gegen die Unabdingbarkeit des Tarifvertrages Sturm, wenn nicht offen, so unter der Tarnung des „Schlagwortes“: „Auflösung des Tarifvertrags“. Die Unternehmer erläutern, ne „bejahen“ den Tarifvertrag, nur er er darin, er müsse elastisch gestaltet, aufgelöst werden. Die „Auflösung des Tarifvertrags“ ist insbesondere seit Herbst 1931 der wichtigste Sturmbot der Unternehmer gegen den Tarifvertrag. Die Unternehmer sollen — mit oder ohne Hilfe des Schlichtungsausschusses — das Recht erhalten, in „solleidenden Betrieben“ untertarifliche Löhne zu zahlen. Dok. die meisten Betriebe es leicht haben, zu beweisen, daß sie „notleidend“ sind, versteht sich von selbst. Die Brüningsregierung hat mit der Einsetzung der Gewerkschaftsführer eine Reihe Schritte auf dem Wege der „Auflösung“ gemacht. Die Unternehmer verschließen sich mit Recht auch die „Auflösung“ einen weiteren Wettstreit des Lohnes und die radikale Verbleichtung aller anderen Arbeitsbedingungen. Was liegt da in die Nazipartei?

In einem ausdrücklich als parteiinternlich bezeichneten Aufsatz, der die volle Willigung des Führers der NSDAP gefunden hat, schildert Gregor Strasser die Stellungnahme seines Partei zum Tarifvertrag, wie sie immer war und immer sein wird: folgendermaßen:

„Darum bejahen wir das Tarifrecht. Darüber hinaus behalten wir das Recht . . . Es kann Zeiten und Umstände geben, die Maßnahmen vom Tarifrecht notwendig machen.“ („Völkischer Beobachter“, 15. November 1931; „Arbeiterzeit“, 10. Dezember 1931)

Die Stellung der NSDAP zur Unabdingbarkeit, mit der der Tarifvertrag steht und fällt, läßt also keine Zweifel übrig. In einer schweren Denkschrift der „Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände“ an die Reichsregierung vom 16. September 1931 wird wortlich übereinstimmend mit Gregor Strasser erklärt:

„Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände bekämpft nicht im Grunde den Tarifvertrag . . . Sie erhebt lediglich gegenüber seiner thematischen Durchführung die Forderung der Sicherstellung der erforderlichen Elastizität.“

Mitte Februar 1932 wurden die Fragen des Tarifvertrages in einer gemeinsamen Sitzung des Vorstandes und Hauptausschusses des Reichsverbandes der Deutschen Industrie unter dem Vorsitz von Krupp behandelt. Nach dem Bericht der „Berlinischen Börsenzeitung“ vom 20. Februar 1932 sprach in dieser Sitzung der Referent, Geheimrat Kästel, von der Notwendigkeit der elastischen Gestaltung des Tarifvertrages und sagte:

„Das bedeutet keinen Angriff auf das System des Tarifvertrages, sondern eine Anpassung an die wirtschaftlich gegebenen Möglichkeiten, eine Nullierung der Erfahrung.“

Krupp, Roettgen und Gregor Strasser fordern mörderisch über-einmündig die Durchdringung des Tarifvertrages, die Abschaffung der Unabdingbarkeit, was in der Tat die Verhüllung des Tarifvertrages bedeutet. Die Versicherung Gregor Strassers, daß seine Partei den Tarifvertrag „bejaht“, ist nach seiner Erklärung über die „notwendigen Ausnahmen vom Tarifrecht“ genau so viel wert, wie die Versicherungen der Unternehmerverbände, die genau mit denselben Worten den Tarifvertrag „bejahen“.

Krise und Löhne — Schlichtungswesen

Auch die Krise „Krise und Löhne“ lösen die Nazis noch kein Rezept der Scharfmacher. Es gibt bekanntlich keine Unternehmenszeitung, die nicht sagen — lagau erklärt, Senfung der Löhne führe zur Verminderung der Arbeitslosigkeit, die Arbeiterschaft sei angeblich sehr an Lohnentlastung während der Krise interessiert. Was sagen die Nazis dazu?

Aus der Fülle von Leisungen seien hier nur zwei angeführt. Bei Verhandlungen über Entlassung von Angestellten in der Berliner Metallindustrie drohte der „Völkische Beobachter“ (Nr. 201 von 1930) einen Aufschlag, in dem es heißt:

„Die Verhandlungen bei der Berliner Metallindustrie haben wieder gescheitert. Dowsch die Unternehmer sich bereit erklärt hatten, 75 Prozent der ausgesprochenen Rückschläge zurückzunehmen (bei Kürzung der Gehälter) und bis Ende des Jahres keine weiteren Rückschläge auszusprechen, hatten die Gewerkschaften jede Verhüllung abgelehnt. Damit werden — wenn nicht das Reich eingreift — von neuen 6000 Angestellten brotlos. Die Gewerkschaften aber haben den französischen Raum, die Lohnkürzungen, die nach dem Vorschlag der Unternehmer die Entlassungen unmöglich gemacht hätten, abgelehnt, abgelehnt zu haben und so die „sozialen Errungenheiten“ mit „Erfolg“ vertrieben zu haben.“

Walter Junz, wirtschaftspolitischer Sachverständiger der

NSDAP, erklärte in einer preisgekrönten Erwidlung an die „Rote Fahne“ vom 13. November 1931 und in einem Aufsatz im „Angriff“ vom 11. November 1931:

„Es ist allerdings für die Weltwirtschaft und für den einzelnen Arbeiter besser, wenn mehr Arbeiter zu herabgelegten Löhnen beschäftigt werden, die noch einen Beitrag für die Produktion leisten und dadurch die Arbeitslosigkeit gekoppelt und wirksam bekämpft werden kann.“

Lohnentlastung wird also ausdrücklich als Mittel zur Verminderung der Erwerbslosigkeit in der Krise empfohlen. Gegen die Gewerkschaftsführer, die nach der Meinung des „Völkischen Beobachters“ viel zu unmenschlich seien, wird an das Reich appelliert. Das Reich, d. h. die Schlichter, sollen „eingreifen“. Wie sich die deutschen Arbeiter ja den Schlichtern stellen, ist so vorsichtig benannt. Die Führer der Nazipartei aber stellen sich zum Schlichter Strafer:

„Der Schlichter von heute ist ein armer Mensch, der Komprimieren muß und zu dem die einen mit unchristlichen Überforderungen, die anderen mit unchristlichen Unterangeboten kommen.“

Strasser ist also der Auffassung, die Arbeiter kommen zum Schlichter von heute mit „unchristlichen Überforderungen“.

„Leistungslohn“ und Streiks

Die NSDAP tritt für den „Leistungslohn“ als Form des Arbeitslohns ein. Das heutige System der Tariflöhne soll gänzlich beendet werden. Die Nazis wollen die Achtung eines Mindestlohns für das normale Leben etwa im Ausmaß der Sage der Wohlfahrtsunterstützung und darüber hinaus keine Bindungen, sondern Entlohnung nach der geleisteten Arbeit.

Dieses System des Arbeitslohns war schon immer der Wohlraum der Scharfmachers Unternehmer und ihrer Freunde. Die Spanne zwischen dem Mindest- und dem höchsten

Lohn, die auch jetzt viel zu hoch ist, würde beim „Leistungslohn“ wesentlich steigen. Der Arbeiter wird durch „Leistungslohn“ Wohlstaatseigentum der Arbeiterschaft angestiegen. Außerdem bringt der „Leistungslohn“ die ganz ungemeine Steigerung der Konkurrenz zwischen Arbeiter und Arbeitnehmer. Der Unternehmer erhält die Möglichkeit, jeden Arbeiter gegen den anderen auszuprobieren und damit die Ausbeutung der geläufigen Belegschaft zu erhöhen.

1927 streitten die Arbeiter des Norddeutschen Wallanlagen des Konzerns der Herren Lahmeyer — die Fabriken gehörten ebenfalls zu den Geldgebäuden der Nazibewegung — gegen das „Leistungslohn“. Dr. Hoch, der damalige „Sündnis der Nordpolle“, war der Generalsekretär des „Leistungslohnes“. 1927 und 1928 war dieser Dr. Hoch der befreundete Reiter auf verschiedenen Unternehmertagungen der „Leistungslohns“. Es mag aber zur Ehre des Herrn Dr. Hoch gesagt werden, daß sein Leistungslohn keineswegs so schamhaft und so brutal aussah, wie der Leistungslohn der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Die Nazis fordern eine höhere Arbeitslöhne, die die südländischen Träume der Scharfmacher in den Schatten stellt.

Wir könnten also in groben Umrissen die Lohnpolitik der Nazis skizzieren. Diese Lohnpolitik steht der Politik von Krupp und Roettgen wie ein Et. dem anderen ähnlich. Bei der Verarbeitung der Lohnpolitik des Raups mag aber noch etwas bedacht werden. Die Nazis treten für den elastischen Tarif ein; sie bejahen trotzdem den Tarifvertrag. Sie sind also der Auffassung, daß die Löhne beiderseits, von den Arbeitern und Unternehmern, vereinbart werden. Sonst wäre ihre „Beziehung“ des Tarifvertrages einladlos. Und nun der prägnanteste Punkt: Welche Mittel hat die Arbeiterschaft, um ihre Forderungen bei dem Abschluß einer solchen Vereinbarung durchzusetzen? Doch in der Hauptsache das Mittel des Streiks. Es hätte also die „Bejähung“ des Tarifvertrages nichts bedeutet, wenn sie irgendwelchen Sinn, wenn sie hätte zum Streik bestimmt. Sind sie gegen Streik, dann sind die Vereinbarungen, von denen sie sprechen, keine Vereinbarungen, sondern einleitende Pütate der Unternehmer. Wie stellen sich die Nazis zum Streik?

Der Tod des Schuhfürstens Bata

Prag, 12. Juli. In der Nähe des Flughafens Jin in Mähren starb heute ein Flugzeug aus 700 Meter Höhe ab. Im Absturz befand sich der Schuhfürst Bata. Er und der Pilot sind tot.

Das Unternehmen Batas war das größte Schuhunternehmen Europas. Bata beschäftigte 12.000 Arbeiter und produzierte 100.000 Paar Schuhe täglich. Er gehörte zu den reichsten Ausdeuternden. Seine Arbeiter holte er sich aus den niedständigsten Schichten. Er duldet keine Organisation in Gewerkschaften oder politischen Organisationen. Die Löhne in seinem Unternehmen waren die niedrigsten in der ganzen Tschechoslowakei. Auch sein Unternehmen wurde mit von der Krise erfaßt.

Erit vor kurzem wurden 4000 Arbeiter bei ihm entlassen. Am heutigen Tage sollten weitere 7000 Arbeiter entlassen werden. Darüber, ob es sich hier um einen Unfall oder um einen Selbstmord handelt, wird erst die nächste Zeit Klarheit bringen. Das eine steht fest: Sein Unternehmen befindet sich in großen Schwierigkeiten. Es ist möglich, daß er den Weg zum Sterben gegangen ist.



Zwei Großfeuer in Mecklenburg

Schwerin, 11. Juli. Im Dorf Tamm bei Crivitz kam am Montag bei dem Haushalt Paul Warnecke aus. Der Brand entstand im Stallgebäude und setzte dort das Wohnhaus in Flammen. Beide Gebäude wurden bis auf die Grundmauern vernichtet.

Ein weiteres Großfeuer entstand bei dem Domänenpächter Hoffmann in Wagen bei Targow. Das Viehhaus des Gutes fiel den Flammen zum Opfer. Mitverbrannt sind 30 Kühe, sieben neue Bindemühinen und eine Kuh.

*
Hamburg, 12. Juli. Am Montag um 20 Uhr brach aus bisher unbekannter Ursache in dem Tiefgarage des kreisfreien 110 Meter langen Altbau des Hamburger Kammarmamentarien ein Großfeuer aus, das an der dort aufgestellten Holzwolle, Baumaterial usw. reichte. Rauh und

Explosion in einer Bratfestsfabrik

Overholzen, 12. Juli. Am Dienstag früh ereignete sich in der Bratfestsfabrik der Jede Alstaden eine Explosion, die wahrscheinlich auf die Entzündung von Kohlenstaub zurückzuführen ist. Acht Arbeiter wurden verletzt. Vier Verletzte mußten dem Krankenhaus inspiziert werden. Der Sachschaden ist nicht bedeutend.

Große Überschwemmung in den Vereinigten Staaten

Charleston (Westvirginia), 12. Juli. Insolge eines ungeheuren Wollendbruchs schwemmt der angeholtwelle Pointoree 200 Bergarbeiterhäuser fort, überlieferte mehrere Schäden. Bislang wurden zwölf Tote und eine halbe Million Sachschaden festgestellt. Zwei Kinder wurden 15 Kilometer auf Holztrümern totwärts geschwemmt und tödlich getötet.

Das Urteil gegen den Frauenmörder Zadrazil

Wien, 11. Juli. Der Prozeß gegen den Frauenmörder Zadrazil wurde am Montag zu Ende geführt.

Nach dem Strafplädoyer fällte der Gerichtshof folgendes Urteil: Zadrazil wurde zu lebenslangem Arrest mit Eingeschalt an jedem 1. Januar, und Frauenscheit-Wachau zu vier Jahren schwerem Arrest und in jedem Halbjahr zu einem Festtag verurteilt.

Spiegel der Ereignisse

„Von der Vormittagsruhe aufgeschreckt“

In Siam hat eine sogenannte Revolution stattgefunden. Es war nicht eine Palastrevolution. Der König wurde gezwungen, eine „Konstitution“ zu geben.

Am gleichen Tage, an dem sich diese Ereignisse in Siam abgespielt haben, befand ich dort die Allegretto Marca von Ed. Koch als Korrespondent des Hauses Allgemeine. Und nun berichten Sie über die Ereignisse in Siam in der „Völkischen Zeitung“ vom 12. Juli folgendermaßen:

„Wir haben Revolution. Diese ganzlich überraschende Nachricht schreckt uns aus unserer Vormittagsruhe auf.“

Wenn also schon diese kleine „Revolution“ die Rottengedienten Allgemeine aus ihrer Vormittagsruhe aufgeweckt hat, dann kann man sich erträumen, wie Allgemeine u. Co. und alle ihre Korrespondenten und Korrespondentinnen durch die proletarische Revolution aufgeweckt werden. Und diesmal wahrscheinlich nicht nur aus der Vormittagsruhe . . .

★

Ein Zentralrat „verdienstvoller“ Bürgermeister

Der frühere Berliner Oberbürgermeister Bok verließ seinen Wohnsitz jetzt nach Bad Godesberg. Damit haben sich in Bad Godesberg 50 ehemalige Bürgermeister und Oberbürgermeister niedergelassen.

Allerdings scheint der Auslandstreis für den Amtszeitraum ausgesetzt zu sein? — Darüber schwiegt der Bericht. Wir werden sehen, daß, wenn nicht alle Bürgermeister, so doch wenigstens Bok als Prämie ein zweitklassiger Platz überreicht wird.

Es wäre auch interessant zu erfahren, ob die anderen 49 Bürgermeister und Oberbürgermeister sich um ihre Ortschaften und Städte solche „Verehrungen“ erworben haben wie Bok in Berlin. Es ist anzunehmen.

Auf jeden Fall muß man sagen, daß es Proleten am Größe Bok anders ergangen wäre, und daß sie heute nicht in Bad Godesberg, sondern wo anders befinden. In der Sommertour werden Personen vom Schlag des Oberbürgermeisters Bok nicht nach Godesberg geschickt.

★

Hitler opfert sich

Noch gibt es opferbereite Menschen. Der „Völkische Beobachter“ vom 7. Juli bringt die schreckliche Überblick: „Hitler ist in Sturm und Regen zu den Bauern.“

Was nicht ein angeheures Opfer?

Millionen in Deutschland hungern. Millionen verfüllen Kleinstbürger und auch viele verirrte Proleten werden von Hitler und seinem Staat auf die Straße gejagt, in Blutsauscharen getötet. Der Oberofizier aber läuft im eleganten, modernen Wagen zu den Kundgebungen. Und da ist es einmal passiert, daß gerade ein Regen ausgebrochen ist, während Hitler sprach. Das wird als etwas Besonderes gerichtet: „Hitler spricht in Sturm und Regen.“

Was liegt ihm an der Masse? Die kann verzreden, zugestehen. Wenn der Oberofizier aber einmal seinen kostbaren Mantel nach werfen läßt, dann wird es in die Welt hinzugeschleudert.

Wahrlich, es kostet auf übertrieben das „Dritte Reich“ wie Herr Wilhelm II. bei weitem.

Unwetterverwüstungen im württembergischen Oberland

Über Stuttgart, 12. Juli. Am Montag abend ging über eine Teil der Gemeinde Eichbach bei Ravensburg ein schwerer Gewitter mit wolkentrümmartigen Regengüssen nieder. Besonders schwerer Schaden wurde in Oberhügeln angerichtet. Die Straße nach Pfeilberg wurde von den Wassermassen völlig aufgerissen. Die Stufen der Häuser sind voll Wasser. Das Bild sieht aus den Stufen der Schlamm bedeckt.

Berantwortet: Wilhelm Borkowski, Berlin

„Wir sind die Antifaschisten der Tat!“

Das politische Referat des Führers der KPD, Genosse Thälmann, auf dem Antifaschistischen Einheitskongress in Berlin

Kameraden und Genossen! Im Namen des Zentralkomitees des kommunistischen Partei Deutschlands übertrage ich eurem Werk ein brüderliches revolutionäres Kampfesgrüße....

Die heutige Tagung hat eine große und wichtige Bedeutung im Klassenkampf. Für den Freiheitskampf der deutschen Arbeiter. Aus allen Ecken Deutschlands richten sich die rot-blauen antifaschistischen Kämpfer heute nach Berlin zu uns. damit die Antifaschistische Aktion des deutschen Arbeiters, der kämpfenden roten Einheitsfront im AD-Staate einen mächtigen Auftrieb geben soll.

Wir sind ungefähr 6 Wochen sind verstrichen, seit der Auftakt einer der Antifaschistischen Aktion vom Zentralkomitee des kommunistischen Partei Deutschlands herausgegeben wurde. Von den 500 000 Adlern Hitlers durch das Dekret der Römer wieder losgelöst sind, haben mehr als 100 000 000 deutsche Kämpfer unter dem Wehrmachtschef der antifaschistischen Banditen ihr Leben lassen müssen.

Und mit voller Recht ausprüchen, daß diese Zahl nach wie vor der jüdische Widerstand einen noch blutigeren Charakter angenommen hatte, wenn wir die ersten Tötlinge der Antifaschistischen Aktion den Haupteckel erschwert hätten.

In den letzten Wochen haben wir eine mächtige Welle des antifaschistischen Massenkampfes.

Im Deutschland, Tausende von Formationen des Roten Einheitsfrontes sind in allen Bezirken Deutschlands, Norden und Süden, im Osten und Westen, wie hier in Berlin, in vielen Hunderten von Kettenschlafzimmern unter der Frage der Antifaschistischen Aktion gestellt.

Dies ist der Unterschied, Genossen:

Nicht „Burgfrieden“, sondern antifaschistische Tat!

Das erhebt man sich den Kopf, wie man die Organisation der Einheitsfront verhindern kann.

Das erhebt man sich den Kopf, was man den Kommissionen für „Bedingungen“ zur Verteilung der Einheitsfront.

Das erhebt man sich den Kopf, wie man statt des gemeinschaftlichen Kampfes der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter gegen den Faschismus einen „Zwischen“ zwischen bringen kann, durch den rote und Ministerjelle der SPD-Züchter gesetzelt werden.

Das hier bei uns, im Zeichen der Antifaschistischen Aktion, war praktisch die kämpfende rote Einheitsfront geschmiedet!

Die Basis der Einheitsfront gegen den Faschismus ist geplünderten Massenkampfs aller Klassenbewegungen, Arbeiterschaften und Angestellten und der Werktätigen sozialen Schichten, die bereit sind, mit der Arbeitervelke zu ziehen — das ist die Lebensfrage für das deutsche Proletariat. Das ist die Krise, die heute jeden Arbeiter beschäftigt.

(Vorstellung gehabte Zustimmung)

Das ist die Krise, wie man eine klare, klare und ein-

heitliche Zukunft geben, wenn man den Anspruch erhebt, dem Faschismus einen Weg in die heutigen schwierigen Situationen zu fördern.

Das erhebt man sich keine Parteiaangelegenheit,

das erhebt der Berliner Arbeiterschaft, eine Sache, die das gesamte Proletariat anreibt. Das wollen die sozialdemokratischen Faschisten nicht annehmen und sie an der Wahl teilnehmen haben, sehr wohl. Und Ihr, Kommunisten, habt auch in die Antifaschistische Aktion ohne Bedauern einzutreten! (Beifall)

Das ist ebenso, wie es für uns klar ist, daß Ihr auch

die Basis der Antifaschistischen Aktion, auch in der roten Einheitsfront gegen den Faschismus Arbeiter auch nicht plötzlich in die Faschisten verwandelt, genau so wird es auch klar sein, daß wir

zuerst hier für die Sache der Antifaschistischen Aktion eintreten, gleichzeitig unsere Pflicht als Kommunisten.

Es genügt, für uns gilt das Wort vom Karl Marx und

Engels aus dem Kommunistischen Manifest, daß es einen Unterschied zwischen den Interessen der Arbeiter und den Interessen der Kommunisten geben kann. (Lebhafter

Aufschrei)

Der Parteilinteresse der Kommunistischen Partei ist immer in vollster Übereinstimmung mit dem

Klasseninteresse des Proletariats!

Das kann, wenn das Klasseninteresse des Proletariats die

Einheitsfront gegen den Faschismus erfordert, braucht die Kommunisten uns durchaus nicht erst lange zu überlegen,

daß für dieses notwendige Klasseninteresse der Arbeiter ein-

zelner etwa „Bedingungen“ dagegen stehen sollen.

Wir benötigen einfach entsprechend diesem Klasseninteresse. Und

wollen, daß wir gerade damit zugleich im Interesse unserer

Arbeiter, die unauslöschlich und unverträglich mit der

Faschisten verbunden ist.

Wir stellen keine Bedingungen für die profe-

ssionalistische Einheitsfront außer bei einem, daß die

sozialdemokratischen Klassenbewegungen, die die Ein-

heitsfront mit uns schließen wollen, bereit sind,

gemeinsam mit uns gegen den Faschismus zu

kämpfen. (Gläserncher Beifall)

Wir brauen nicht daran, aus der Frage der proletarischen

Arbeiter, ob sie einen üblen Führer zu wählen

und Geschäftszweck zu machen, zwischen zwei Parteien, mit gegen-

überliegenden, Vertretern und Paraphrasen.

Das alles ist Schwindel, um die Waffen vom Kampf abzu-

ziehen. Und solchen Schwindel machen wir nicht mit.

Wir denken nicht daran, darauf zu berufen,

die Politik zu bekämpfen, die so schädlich, verz-

ücklich und verhängnisvoll für die Arbeiterschaft

ist, wie die Brünings- und Hindenburg-Politik

der KPD- und SPD-Züchter.

genommen. Tausende von Stempelkassenversammlungen fanden im Zeichen der Antifaschistischen Aktion statt. Gewerkschaftsversammlungen, Arbeiterparteiver-

sammlungen, Versammlungen aller Schichten der Werktätigen ver-

einbunden die Unterstützung der Antifaschistischen Aktion.

Ja, sogar unter den armen bürgerlichen Schichten hat die Antifaschistische Aktion Widerhall gefunden. So erfahren wir, daß

in Südbadenburg sich britische Antifaschistische Bauernhöfe gebildet haben. Wie marschierten alle vor-

märkte, nicht nur zu Fuß, sondern auch zu Pferde. (Bravo! Beifall).

Tausende von sozialdemokratischen Klassenbewegungen, von Reichs-

bannerarbeitern, von freiegewerkschaftlichen Funktionären, die auf

dem Boden der SPD stehen, haben im Rahmen der Antifaschistischen Aktion praktisch den Weg zur gemeinsamen Kampf-

front mit ihren kommunistischen Klassenbrüdern gefunden.

Das alles, bildet zusammen eine einfache aber

überwiegende Tatsache, die ich in den Beginn meiner Aus-

führungen hinzugefügt habe:

Ich meine die Tatsache, daß in Deutschland im

Zeichen der Antifaschistischen Aktion von uns

Kommunisten gemeinsam mit einem großen Teil

der sozialdemokratischen Arbeiter praktisch die

Einheitsfront verwirklicht wird!

Diese Tatsache besteht. Diese Tatsache ist nicht weg-

zulegen. Und das ist das Gegenteil zu jenen Erfahrungen des

sozialdemokratischen Parteivorstandes, der seine Mitglieder und

Organisationen vor lokalen Verbänden mit den Kommunisten

warnet. Das ist das Gegenteil zu jenen Reden sozialdemo-

kratischer Führer, wie des „Vorwärts“-Chefredakteurs Stampfer über „Bedingungen“ für die Einheitsfront.

Das ist der Unterschied, Genossen:

Wir wollen, daß die kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter gemeinsam gegen den Faschismus kämpfen!

Wir wollen, daß alle Arbeiter ohne Unterschied ihrer Parteidisziplin gemeinsam alle Methoden des Massenkampfes gegen die faschistischen Anschläge zur Anwendung bringen! (Beifall.)

Wir wollen, daß gegen den Widerstand der Nazis, der von der Papen-Regierung entsetzten und legalisierten Wachskolonnen in ihren braunen Notverordnungen, der gemeinsame rote Massenkampf

von aller klassenbewußten Arbeiter geschaffen wird. (Beifall.)

Wir wollen, daß gegen die Diktatur-Motivierordnungen der Papen und Schleicher, aber auch der Künigeregierungen, wie Braun-Schering in Preußen, der gemeinsame Massenkampf aller Arbeiter ohne Unterschied ihrer Parteidisziplin, ohne Unterschied, ob organisiert oder unorganisiert, ob freiheitlich oder feindlich eingestellt wird!

Wir wollen, daß gegen die Ausrichtung der faschistischen Diktatur, gegen die Verfolgung der Freiheit und aller Rechte der Arbeiterschaft, gegen die Unterdrückung der proletarischen Organisationen, der Vereine, Versammlungen und Demonstrationen des Proletariats, gegen alle Verbotsmaßnahmen der Papen-Regierung die Arbeiter aller Richtungen und aller Organisationen gemeinsam und brüderlich den politischen Massenkampf organisieren! (Bravo! Beifall.)

Das sind unsere Vorschläge für die kämpfende rote Einheitsfront.

Das ist unsere Antwort auf die „Bedingungen“ des Herrn Stampfer, unsere Antwort auf die „Warnungen“ des sozialdemokratischen Parteivorstandes vor der Einheitsfront.

Die deutsche Arbeiterschaft mag selber prüfen und entscheiden, welche Politik richtig ist: die der „Bedingungen“, der „War-

ungen“, d. h. des Kampfes gegen die Einheitsfront oder

die Politik der Verhältnisse für den gemeinsamen Massenkampf aller Arbeiter gegen die faschistischen Verbündeten des Faschismus!

So ist klar, welche Entscheidung die Massen treffen. Die Tatsache, daß die Antifaschistische Aktion wächst und sich ausbreitet, daß das Banner des antifaschistischen Kriegskampfes immer stürmischer von immer breiteren Millionenmassen in Deutschland entfaltet wird — das ist die Entscheidung für die kämpfende rote antifaschistische Einheitsfront! (Bravo!)

Wir sagen mit einem Wort von August Bebel: Nicht auf die Worte kommt es an, sondern auf die Taten! Die Wirklichkeit, das Leben lebt mit seinen taglichen Kämpfen zwischen der proletarischen Klasse und ihren Verbündeten, bringt die Lösungen der Antifaschistischen Aktion zur Geltung!

Wohin hat die Weimarer Republik geführt?

Wie ist die Lage heute in Deutschland? Ich will nicht viele

Zitate prägen, aber das Millionenland in Stadt und Land.

Die grauen Kolonnen der Erwerbslosen an den Stempelstellen

frankfurter Armut und Not. Immer breitere Massen begreifen

es, daß die kapitalistische Profitwirtschaft die Quelle des Elends ist, das sie mit der Verhängung der Krise und gezeigt durch die Verhältnisse der Kapital-Knechtlichkeit über die Millionenmassen der Werktätigen ergiebt.

Mit dem Sturz Brünings, mit der Einsetzung des Kabinett Papen-Schleicher-Görtz durch die herrschende Klasse hat die rote eine bedeutungsvolle Wendung vollzogen.

Die Sache ist aufgegangen, die seit dem Verbot des Roten Frontkämpferbundes durch den damaligen Reichsinnenminister Carl Severing, seit den Motorenbrüchen Bünning und Groener gelöscht wurde. Ja, man kann noch einige Jahre weiter zurückrufen und kann ausprobieren: das, was heute in Deutschland ist, der rote Frontkämpferbund der Bourgeoisie auf alle Rechte und Grundrechten des Proletariats, auf die Freiheit der Arbeiterschaft und ihrer Organisationen, — das ist die Atonung jener Politik, die seit 1918 von allen Regierungen in Deutschland betrieben wurde.

Mit der Niederholzung von Sportfesten, der Abiegung der Salzbarren, der Überbevölkerung und Wiedereinführung des monarchischen Offiziersgebindes, mit der Aufstellung der frontrevolutionären Freikräfte durch Rostow, Lützow und Seedorff ging es so.

Zuerst nannte es sich „Rat der Volksauftragten“ oder „rotes Sozialistische Regierung“ und das Programm nannte sich „Der Sozialismus marschiert!“

In Wirklichkeit aber war es Entmischung des Proletariats und Trennung der Kominternrevolution.

Dann nannte es sich „Weimarer Koalition“, „Schwarz-rot-grüne Front der Republikanten“. Und das Programm ging: „Der Feind steht links.“

In Wirklichkeit aber war es Stabilisierung der kapitalistischen Kaisersherrschaft, Republikflügeln, das, der Kaisersherrschaft, oder hunderte revolutionärer Arbeiter auf Tausenden von Jahren ins Jochhaus und Gelängnis sperrte!

Dann kam die „Große Röntgen“ und das Programm nannte sich „Völkerfreundschaft“ „Wirtschaftsdemokratie“, „Einheitsstaat in den Sozialismus“.

In Wirklichkeit aber gab es Panzerkraut, 33 Tage am 1. Mai 1929, gab es Verbot des Roten Frontkämpferbundes und massive Plünderung des Proletariats durch Nationalisierung, Vorschriften, und immer neuen Lohn- und Unterhaltungsbau!

Dann kam die „Regierung des kleinen Arbeiters“ und das Programm nannte sich „Sauz vor dem Faschismus“!

In Wirklichkeit aber regnete es immer neue Motoren-

ordnungen, Demonstrationsoverbote, Gewaltmaßnahmen, Aus-

plünderung von Löhnen, Unterhälften, mit Gewerbezuschüssen und

Soldaten, mit Aufzehrung des Hitler-Faschismus, Entziehung der Rechte, der Arbeiterschaft und besonders der jugendlichen Jugend.

Dann kam die Hindenburgwahl und das Programm nannte sich „Schlagt den Faschismus“!

Und dann lagte Hindenburg seinen treuen Dienst Erkrankt

und starb.

Wir sagen:

Wer wirklich gegen den Faschismus kämpfen will, der darf nicht den Massen das trügerische Banner der bürgerlichen Demokratie vorantragen, der darf ihnen nicht vorlegen, daß Demokratie und Faschismus zwei entgegengesetzte Systeme seien, von denen man das eine wählen könne, indem man das andere vertheidigt, sondern der muß sich aus sprechen:

Kampf gegen Faschismus ist Kampf gegen Kapitalismus

Wir sagen:

Wer wirklich gegen den Faschismus kämpfen will, der darf nicht den Massen das trügerische Banner der bürgerlichen Demokratie vorantragen, der darf ihnen nicht vorlegen, daß Demokratie und Faschismus zwei entgegengesetzte Systeme seien, von denen man das eine wählen könne, indem man das andere vertheidigt, sondern der muß sich aus sprechen:

Kampf gegen den Faschismus — das ist Kampf gegen das kapitalistische System, proletarischer Klassenkampf!

Kampf gegen den Faschismus kann nicht geführt werden mit dem Ziel, an die Stelle der offenen Verfechter der faschistischen Diktatur wieder ihre Wegbereiter zu legen, an die Stelle Papens wieder Brüning, an die Stelle Schlechers wieder Goerner oder ähnliche Gestalten, sondern nur mit dem Ziel, die herrschende Klasse vernichtend zu schlagen und der Arbeiterklasse, den Werktätigen die volle Macht des Proletariats zu erteilen. (Bravo, leidlose Zustimmung)

Wer an einer Politik festhält, die Brüning stunte, die Hindenburg erneut an die Macht brachte und die faktisch zu Papen und Hitler führte, der kämpft nicht gegen den Faschismus, sondern hilft dem Faschismus!

Wer den Faschismus schlagen will, muss für eine Arbeiters- und Bauernregierung und für ein freies sozialistisches Deutschland kämpfen!

Wer den Faschismus endgültig schlagen will, muss dafür kämpfen, daß an die Stelle der Reichswehr Gustav Nosels und des Herrn von Schleicher und des Schupo der Herren Senering, Jägerich und Graefenki die Machtkräfte der Siegreichen Arbeiterklasse treten: eine proletarische Armee und eine Arbeitermiliz! (Stürmischer, langanhaltender Beifall)

Wenn die deutschen Arbeiter in der schweren und überaus ernsten Situation, die gegenwärtig vorhanden ist, angefischt der ungeheuerlichen Bedrohung erfolgreich kämpfen wollen, dann müssen sie die Lehren aus der Vergangenheit ziehen.

Das nötige, was geschehen ist und was zu der heutigen Lage geführt hat, sich mit Phrasen über die Vergangenheit hinwegleben — das wäre das größte Verhängnis!

Wer den Arbeitern berlei vorschlägt, wer ihnen sagt: „Läßt alles Vergangene vergessen sein!“ — der schlägt ihnen die Waffen für den heutigen Tag aus der Hand!

Ohne Klarheit können wir den Feind nicht schlagen! Und wir müssen ihn schlagen, wenn wir die Existenz unserer Klasse, die Freiheit der proletarischen Bewegung und die sozialistische Zukunft des deutschen Proletariats verteidigen und sichern wollen.

Was die Papen, Schleicher, Gaul und ihre Helfer, die Hitler, Goebbels und Strasser, treiben und planen, das bedeutet, die deutsche Arbeiterklasse auf das Rennen der ausgespülten malaiischen Kolonialsklaven oder chinesischen Kulis herabzudrücken.

Ein Verbot der Kommunistischen Partei und aller revolutionären Massenorganisationen des Proletariats — das ist eine Kriegserklärung gegen jeden Arbeiter in ganz Deutschland!

Und mit Jagen der herrschenden Klasse offen: Wir sind gewiß, daß die Millionenmassen des deutschen Proletariats diese Kriegserklärung, die in den Verbotsplakaten der Papen-Regierung liegt, beantworten werden mit dem immer entschlosseneren Klassenkampf an allen Fronten in ganz Deutschland bis zur Befreiung der Papen-Regierung! (Beifall.)

Die kämpfende proletarische Einheitsfront hat im November 1918 das waffenstarrende wilhelminische Deutschland auf den Reichtumshäusern der Geschichte bestört. Heute und jämmerlich verstohlen kam damals die monarchistische Offiziersmeute und das feudale Jungerfestland.

Die kämpfende rote Einheitsfront des Proletariats hat 1920 die Kapp-Gürtel-Regierung der Jungen und Generale in wenigen Tagen gestürzt.

Die kämpfende rote Einheitsfront hat 1923 mit der Waffe des Generalstabs Canos Diktator zu Fall gebracht.

Wenn die Papen und Schleicher glauben, daß sie, gestützt auf ihre Saisonette und Maschinengewehre und die hitlerischen Terrorbanden, unantastbar seien, so täuschen sie sich. Wenn sie sich einbilden, mit Verbissen und Diktaturverordnungen, mit blutigem Terror und mit brutaler Gewalt die Arbeiter niederschlagen zu können, so täuschen sie sich.

Die Millionenmassen des deutschen Proletariats sind eine Tatfrage, die keine Notwendigkeit des Herrn von Papen und kein Regimentsbesitz des Herrn von Schleicher aus der Welt schaffen kann.

Diese Millionenmasse und ihr Freiheitswillen und Kampfwillen und die Verkörperung dieses Kampf- und Freiheitswillens, die revolutionäre Partei des deutschen Proletariats werden noch bestehen, wenn die Geschichte über Papen und Schleicher langsam zur Tagesordnung geschritten ist. (Beifall.)

Wenn heute in Deutschland die Jünger der Hitlerpartei dank der Politik der SPD-Führer sogar im roten Berlin die freche und pronostikatorische Drohung ausstrecken konnten, daß es unmöglich sei, daß die revolutionären Arbeiter im nächsten Jahr ihren 1. Mai Aufmarsch noch begehen könnten, wenn die sozialistischen Landesräte, die Hohenzollerbrat, die sich wieder in Deutschland breitmachen, glaubt. Deutschland marxisten reißen machen zu können (Zwischenrufe: Niemals!), so antworten wir ihnen:

Ihr werdet auch an der granitenen Millionenfront der Antifaschistischen Aktion die Zähne ausbeissen! (Bravo und großer Beifall)

Die Stiefel der marschierenden Arbeiterbataillone werden früher oder später auch die braune Kordeln in Deutschland niederschlagen und den faschistischen Menschenorden endgültig auslöschen! (Stürmische Zustimmung.)

Allerdings wird uns der Sieg über die Volksfeinde, über den Faschismus nicht in den Schoß fallen. Es gibt keinen größeren und kühnsteren Betrug an den Massen, als wenn man ihnen erzählt: „Die Faschisten werden sich schon abwirtschaften, laß sie schon regieren!“

Diese Parole des „Kanalklans“, wie sie Seesering seiner Zeit sprach, muß auf lächerliche und absurd geworden werden. Sie ist ein Schlag ins Gesicht jedes Antifaschisten, genau ebenso wie das Wort Seesings in seiner Riedburger Rede, wo er der Papen-Regierung hoffte, daß sie gute Patrioten und von dem guten Glauben an den Erfolg ihrer Arbeit bestellt seien. Auch das ist ein Schlag ins Gesicht aller antifaschistischen

sozialdemokratischen Arbeiter. Und in den letzten Tagen schrieb der gleiche Seesring im „Borwatta“ vom 9. Juli mortlich: „Ich halte mich hier bezügl. dem „Borwatta“ zu beherrschigen, doch er die Arbeiten der Regierungen des Reiches und Preußens hier nach besten Kräften gefordert hat. Er hat an der Arbeit der Kabinette mit deutschnationalen Männern anerkannt, was angewennt war.“

Wir müssen offen aussprechen, daß mit jedem Vorsatz und jedem Worten eine neue Toleranzpolitik für die faschistische Regierung eingeleitet wird, wie sie heute in Rommenhövel vor der vorliegenden gefährlichsten Regierung droht zu treten wird.

Mit antisozialistischem Kampf hat das alles nichts zu tun!

Was erfordert der antifaschistische Kampf?

Der antifaschistische Kampf erfordert, daß wir in den Betrieben und auf den Stempelstellen alle Arbeiter zum Kampf gegen jede Unterdrückung und Raubnahme der Bourgeoisie mobilisieren.

Antifaschistischer Kampf — das bedeutet, daß wir den Roten Märschen selbstkämpfisch gegen den braunen Mordkrieg kämpfen!

Das bedeutet, daß wir unter allen proletarischen und werktätigen Schichten den Kampf um die Zurückgewinnung der hitler-Faschismus irregulären und verdeckten Massen in die Klassenfront des Freiheitskampfes betreiben!

Das bedeutet, daß wir angefischt des neuen Tribut, das von Lausanne die nationalistische Demagogie der Bourgeoisie und ihrer Hitler-Papen vor den Massen entlarven und aufzeigen, daß nur der revolutionäre Ausweg aus der Krise durch den Sieg des Proletariats zugleich den Weg zur Freiheit von der imperialistischen Verhältnisse der Klassiker bringt!

Das bedeutet, daß wir die Streiks und Massenaktionen gegen Lohn- und Unterstützungsraub, gegen die Verschärfung der leichten Art der Sozialversicherung, gegen Unternehmerwillkür, gegen Zwangsarbeit organisieren und durchführen! Antifaschistischer Kampf — das bedeutet, daß wir in ganz Deutschland rütteln und trommeln für den politischen Massenkampf, ja für den Generalstreik, um damit die faschistischen Machthaber zu schlagen und die faschistischen Anschläge abzuwehren!

Antifaschistischer Massenkampf — das bedeutet, daß wir den 31. Juli nicht als einen Tag auslegen, wo man mit dem Stimmzettel, mit einem Studien-Papier die Wahlverhältnisse verändert könnte — denn das ist ein einfacher purer Schwund, auf den heute noch allen bitteren Erfahrungen der vergangenen

Wahlen kein klaffenbewusster Arbeiter mehr herauftaucht, sondern daß wir diesen 31. Juli in den Dienst der Massen, Mobilisierung für den außerparlamentarischen Massenkampf stellen.

Wir müssen den 31. Juli zu einem Millionenkampftag für den antifaschistischen Freiheitskampf machen. Dabei gilt es, alle Massen zu den Wahlurnen heranzubringen, alle außerparlamentarischen Gruppierungen zu überwinden, damit der 31. Juli ein mächtiger Auftakt für die sozialistische Aktion, ein mitreichendes Bekenntnis zur Größe des revolutionären Proletariats und zur einzigen antifaschistischen Kraft ergibt!

Antifaschistischer Massenkampf — das bedeutet, alle Kampfmethoden anzuwenden und alle Kampfgerüste zu schaffen, zu einem neuen roten Bormerich der Arbeiterklasse einzugehen!

Dazu ruft die Antifaschistische Aktion!

Die Antifaschistische Aktion — das ist keine neue Organi-sation neben den alten. Denn wir brauchen keine neuen Organisationen. Antifaschistische Aktion — das ist die lebendige Wirklichkeit der von unten her, von den Massen geschaffenen, sammelnden roten Einheitsfront gegen den Faschismus!

Mit belohnendem Nachdruck muß sich die Antifaschistische Aktion die Aufgabe stellen, die Massen des Jungsproletariats, der Jungarbeiter und Arbeiterschüler, zu mobilisieren, die den Angriffen des kapitalistischen Systems, von den Plänen der Arbeitsschließung, der faschistischen Verflüssigung und nationalsozialistischen Verherrzung am meisten bedroht werden.

Die Freiheitsarmee der antifaschistischen Kämpfer gegen die faschistischen Machthaber

den Reihen der Antifaschistischen Aktion, die heute schon eine Bewegung von vielen Hunderttausenden der sozialen Klassenkämpfer ist und morgen die Millionenbewegung aller Antifaschisten sein wird!

Die antifaschistischen Kämpfer in Deutschland bilden bei der Behandlung der Probleme des Kampfes gegen den Faschismus an die Ereignisse in Italien. Das italienische Beispiel mahnt nicht nur das Weltproletariat, sondern zeigt vor allem auch den deutschen Arbeiterklasse in der heutigen Situation, daß zehn Jäger und Zaubern mögliches Blut heraussuchen wurde.

In Italien wird der Arbeiter kanonisiert. In den Stadt-Sämpfen werden die Leidenschaften der sozialen antifaschistischen Kämpfer. In den italienischen Städten sterben hungrige Kinder, den Reihen ihres Hauses entgegen. Die Kleinbauern werden in Italien vom der Steuerlampe immer mehr verarmt und von der Scholle verjagt. Der Auf Hitlers, des Faschistischen Staates der Industrieönige und Unternehmern, des Dritten Reichs geht, daß die Soldaten auch in Deutschland die Tyrannie und Barbarität Mussolinis aufzuhalten wollen.

In Italien haben die führenden Reformisten vom Schlag D'Urgoglio sich offen zum Faschismus bekannt. Das ist eine ernste Warnung für die sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Arbeiter auch in Deutschland.

Das einzige Land ohne Faschismus

Reichsausschusses der Antifaschistischen Aktion
ein Organ zu schaffen, das die zahlreichen in ganz Deutschland befreiten Körperschaften der proletarischen Einheitsfront zu einer großen, gemeinsamen Freiheitsarmee zusammenführt und setzt.

Hier soll der Auftakt für die beginnende antifaschistische Kampfschule gegeben werden.

Hier soll zugleich durch die Annahme eines

Manifestes der Antifaschistischen Aktion ausgedrückt werden, was die Ziele sind, für die wir die Einheitsfront der Arbeiter ohne Unterschied ihrer politischen und sozialen Organisationszugehörigkeit für die gegenwärtigen Kampfschulen wollen.

Hier soll schließlich ein

Kampfgelöbnis der Antifaschistischen Aktion beschlossen werden, das im Zukunft in jeder Arbeitersammelung von den Massen feierlich beklaut und bekräftigt werden soll und das in wenigen Sätzen zusammengefaßt, das Massen und die Zielsetzung der Millionen antifaschistischen Freiheitskämpfer von ganz Deutschland zum Ausdruck bringen muß.

So wie im Freiheitskampf der arbeitenden Arbeiter und Bauern lange Zeit hindurch in allen Versammlungen der gewerbl. Verträge bestimmt, daß der Faschismus ausgestorben ist, so soll dies im Kampf der Massen bestimmt werden, daß der Faschismus ausgestorben ist.

Wir wollen, wie deutlich aus dem Manifest der Antifaschistischen Aktion hervorgeht, daß die Arbeiterschaften und Kämpferverbände, die Gewerkschaften, des großen nationalrevolutionären Führers, zu Kampfseitig zu vereinen, so muß es in Zukunft

eine Ehrenpflicht der klassenbewussten Arbeiter sein, in jeder Zusammenkunft von Proletarien das Kampfgelöbnis der Einheitsfront gemeinsam zu sprechen.

So wollen wir, wie deutlich aus dem Manifest der Antifaschistischen Aktion hervorgeht, daß die Arbeiterschaften und Kämpferverbände, die Gewerkschaften, des großen nationalrevolutionären Führers, zu Kampfseitig zu vereinen, so muß es in Zukunft

Gruppen, die Klage euren Kongress habe keinen Sachunter-

stütze, das Massen der Antifaschistischen Aktion und das Kampf-

gelöbnis der Antifaschistischen Aktion vor Menschen setzt.

Gruppe I: Einheitsfront mit der Bezeichnung der Antifa-

schistischen Aktion, die Gewerkschaften, des großen nationalrevolu-

tionären Führers, die Gewerkschaften, des großen nationalrevolu-